

**16487/AB**  
vom 24.01.2024 zu 17009/J (XXVII. GP)  
**bmi.gv.at**

 Bundesministerium  
Inneres

Mag. Gerhard Karner  
Bundesminister

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.851.158

Wien, am 22. Jänner 2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Sabine Schatz, Genossinnen und Genossenen haben am 24. November 2023 unter der Nr. **17009/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „die gewalttätigen Vorfälle rund um den Auftritt von Götz Kubitschek in Wien“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zur Frage 1:**

- *Wie viele Demonstrationen, Kundgebungen o.ä. fanden am Freitag, den 17.11.2023 statt?*
  - a. *Wie viele davon wurden vorab angemeldet?*
  - b. *Wie viele davon wurden aufgelöst?*
    - i. *Weshalb?*

Im Bereich der Landespolizeidirektion Wien fanden am 17. November 2023 insgesamt 33 Versammlungen statt, wovon 32 Versammlungen der Landespolizeidirektion Wien vorab angezeigt wurden.

Eine Versammlung wurde aufgelöst, da sich in der Versammlung gesetzwidrige Vorgänge ereigneten und diese zudem einen die öffentliche Ordnung bedrohenden Charakter annahm.

**Zur Frage 2:**

- *Wie viele Einsatzstunden seitens der Polizei wurden insgesamt im Kontext von (der) genannten Demonstration(en) am 17.11.2023 eingesetzt?*

Für den Gesamteinsatz, unter anderem in Bezug auf die im Einleitungstext der parlamentarischen Anfrage genannte Demonstration, wurden von der Landespolizeidirektion Wien insgesamt 1.686,50 Einsatzstunden aufgewendet.

**Zu den Fragen 3 bis 5:**

- *Wie viele Beamt:innen waren am 17.11.2023 zum Zeitpunkt der Demonstration(en) rund um die Universität im Einsatz?
  - a. Kam es am 17.11.2023 zu Amtshandlungen rund um die Universität Wien?
    - i. Wenn ja, weswegen? (Bitte um detaillierte Ausführungen nach §)*
- *Zu wie vielen Anzeigen kam es wegen Verstößen gegen österreichische Rechtsnormen am 17.11.2023 im Kontext der genannten Demonstration(en)?*
- *Zu wie vielen Festnahmen kam es am 17.11.2023 im Kontext der genannten Demonstration(en)? (Bitte um Auflistung nach §)*

Ich darf auf meine Beantwortungen der Fragen 4 und 9 der Anfrage 16999/J XXVII. GP vom 22. November 2023 der Abgeordneten Eva Blimlinger, Olga Voglauer verweisen.

**Zur Frage 6:**

- *Wurden Straßen von den Einsatzkräften gesperrt? (Bitte um detaillierte Angaben)
  - a. Wenn ja, wie lange?
  - b. Kam es auch zu Verkehrsbehinderungen im öffentlichen Verkehr?
  - c. Kam es zu Straßenblockaden durch die Demonstrationsteilnehmer?
    - i. Wenn ja, wie lange dauerten diese jeweils?*

Von 14:51 Uhr bis 16:02 Uhr wurden der Bereich Ringstraße, zwischen Operngasse und Schottengasse, bzw. von 15:59 Uhr bis 16:10 Uhr der Bereich Universitätsstraße – Währinger Straße – Schottengasse gesperrt. Es kam zu Verkehrsbehinderungen, aber zu keinen Straßenblockaden.

**Zur Frage 7:**

- *Ist in Ihrem Ressort bekannt, wie viele Teilnehmer:innen aus der Gruppe der Identitären, „Die Österreicher“ oder Gruppen aus dem Spektrum der sog. „Neuen Rechten“ an der Demonstration teilgenommen haben?*

Nein.

**Zur Frage 8:**

- *Seit wann ist in Ihrem Ressort der Vorfall rund um den Angriff auf den oben genannten Journalisten bekannt?*
  - a. *Welche Maßnahmen wurden seither von Ihrer Seite getroffen, um Attacken auf Journalist:innen zu verhindern?*

Der Vorfall ist seit dem 19. November 2023 bekannt.

Das oberste polizeiliche Ziel bei jeder Versammlung ist der Schutz von Leben und Gesundheit aller Beteiligten. Bei großen Menschenmengen können Angriffe allerdings nie gänzlich ausgeschlossen werden. Wenn ein gefährlicher Angriff oder eine Verwaltungsübertretung von der Polizei wahrgenommen wird, werden unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen nach Maßgabe des Verhältnismäßigkeitsprinzips zum Schutz der gefährdeten Personen und zur Beendigung des gefährlichen Angriffs bzw. der Verwaltungsübertretung ergriffen.

Die von den Landespolizeidirektionen eingerichteten Medienkontaktbeamten und Medienkontaktbeamten (MKB) erleichtern den Medienvertretern im Rahmen der Möglichkeiten die Ausübung deren Berufes durch Freihalten von geeigneten Standorten, Kontakten mit Einsatzkräften und situationsabhängigen Vorsichtsmaßregeln. Darüber hinaus hat jede Journalistin und jeder Journalist die Möglichkeit, sofort mit den Medienkontaktbeamten Kontakt aufzunehmen. Medienkontaktbeamten und Medienkontaktbeamten sind die erste Anlaufstelle für Journalistinnen und Journalisten nach behaupteten Einschränkungen sowie für die Erstaufnahme von Straftaten oder Verwaltungsübertretungen.

Gerhard Karner



